

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschleife: Tagesblatt Rieser.
Genral Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 153.
Groschasse Rieser Nr. 52.

Nr. 10.

Wittwoch, 13. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufidring, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Anzeigungsverträge werden nicht auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Notationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübnermann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

Deutscher Reichstag.

13. Berlin, den 13. Januar 1926.

Am Regierungstische: Arbeitsminister Dr. Brauns. Präsident Koebke begrüßt die Abgeordneten in der ersten Sitzung des neuen Jahres.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist Abg. Nadel (Komm.) auf die wachsende Zahl der Erwerbslosen und beantragt Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Der Antrag wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Abkommen mit Haiti über die Aufhebung des Auslieferungsverfahrens wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der Gesetzentwurf zur Änderung der Vorlage über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Nach der Vorlage soll die Zahl der Mitglieder, bei deren Heberschreitung die Generalversammlung in Form einer Vertreterversammlung abzuhalten ist, von 10 000 auf 3000 herabgesetzt werden.

Abg. Gönke (Komm.) bekämpft die Vorlage, die das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder zu Gunsten der Genossenschaftsbürokraten untergräbt.

Die Abg. Bormann (Wirtsch. Vereinig.), Peine (Soz.) und Schlad (Str.) treten für die Vorlage ein. Die Vorlage wird dann einstimmig angenommen.

Es folgt dann die erste Lesung der Vorlage zur Änderung des Reichs-Knappschaftsgesetzes.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns leitet die Beratungen ein. Die für wünschenswert erachtete Familienkassenpflege sei von den meisten Knappschaftskassen abgelehnt worden. Sie werde jetzt durch die vorliegende Novelle zur Pflichtleistung gemacht. Andererseits hätten sich die Ausgaben für die Altersrenten zu gefährlicher Höhe in ihrem Weiterbestehen gefährdet seien. Der Entwurf will einen Ausgleich zwischen den sozialen Bedürfnissen der Bergarbeiter und ihrer Familien einerseits und den berechtigten wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Bergbaus andererseits herbeiführen. Für die Einführung der Familienhilfe sprechen vor allem bevölkerungspolitische Gründe und der Gesichtspunkt, daß den Versicherten in erster Linie Sachleistungen gewährt werden sollen. Der Entwurf beschließt weiter einzelne, hinsichtlich des Ausmaßes entscheidende Leistungen aus der Knappschaftlichen Pensionsversicherung herabzumindern.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus verläßt sich.

Wittwoch 2 Uhr: Handelsprovisorium mit Spanien. Abkommen mit den Niederlanden. Reichs-Knappschaftsgesetz. Die Anträge wegen der Hochwasserkatastrophe werden vorwiegend am Donnerstag behandelt werden. Schluß nach 1/5 Uhr.

Die Fraktionsitzungen im Reichstage.

13. Berlin. Nach der Plenarsitzung traten am Dienstag abend die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Demokraten zu den ersten Sitzungen im neuen Jahre zusammen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hielt nur eine kurze Sitzung ab, in der festgestellt wurde, daß die Fraktion an ihren bisherigen Beschlüssen in der Frage der Regierungsbildung festhält und keinen Anlaß zu einer neuen Stellungnahme sieht. Die Sitzung wurde bald am Mittwoch nachmittag vertagt.

Die demokratische Reichstagsfraktion nahm den Bericht des Fraktionsvorsitzenden Koch-Beser über seinen Besuch beim Reichspräsidenten entgegen und beschäftigte sich dann mit der Frage der Fürknenabfindung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Auch die Sitzung der Zentrumsfraktion war nur von kurzer Dauer. Man beschäftigte sich mit den laufenden Angelegenheiten, u. a. mit den Anträgen zur Hochwasserkatastrophe.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion erledigte ebenfalls nur die laufenden Angelegenheiten.

Der Auswärtige Ausschuss

des Reichstags, der heute zusammengetreten sollte, ist auf morgen Donnerstag vertagt worden.

Im Reichstag

tagten heute nur die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Der Ältestenrat veranlaßt sich um die Mittagsstunde, um den Geschäftsplan für die nächste Woche aufzustellen.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Abg. Müller-Franken übermittelte heute den Abg. Fehrenbach (Z.) und Koch-Beser (Dem.) den ablehnenden Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Frage der Großen Koalition. Die Abg. Fehrenbach und Koch werden sich noch im Laufe des heutigen Tages zum Reichspräsidenten begeben, um ihm davon Mitteilung zu machen, daß auch der letzte Versuch zur Bildung der Großen Koalition gescheitert ist.

Die Bildung der Großen Koalition gescheitert.

Reichstanzler Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Dr. Luther nimmt an.

Um 11.30 Uhr beauftragte der Herr Reichspräsident den Reichstanzler Dr. Luther mit der Regierungsbildung. Dr. Luther hat diesen Auftrag angenommen.

Dr. Luther wird noch heute die für die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien führen empfangen. Am Abend werden dann die Fraktionen zur Regierungsbildung Stellung nehmen.

Berlin. (Zuspruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wurde nach dem Empfang der Abgeordneten Fehrenbach und Koch beim Reichspräsidenten, die diesem mitteilten, daß die Bildung der Großen Koalition nicht möglich sei, der bisherige Reichstanzler Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Fehrenbach und Koch bei Hindenburg.

Berlin. (Zuspruch.) Der Herr Reichspräsident dankte beim Empfang der Abgeordneten Fehrenbach und Koch beiden Herren für ihre Bemühungen. Er erklärte, nachdem alle Versuche zur Schaffung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit gescheitert seien, werde er nunmehr eine neutrale Regierung der Mitte schaffen. Er ermahnte beide Parteiführer, ihn angesichts der Notlage des Vaterlandes hierbei kräftig zu unterstützen. Die Abgeordneten Fehrenbach und Koch erklärten sich zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit.

Die Sozialdemokraten lehnen die Große Koalition ab.

13. Berlin. Die Fraktionsitzung der Sozialdemokratischen Partei des Reichstags war um 10 Uhr abends zu Ende. Die Fraktion gab bald darauf folgende Nachricht bekannt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition Forderungen aufgestellt, deren Durchführung durch die Annahme der Not nur noch dringender geworden ist. Sie hat durch ihren Beschluß vom 16. Dezember feststellen müssen, daß infolge mangelnden Entgegenkommens der Deutschen Volkspartei in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen den Bemühungen des Abg. Koch kein Erfolg beschieden war. Sie hat daher in den Formulierungen, die ihr als Ergebnis der geführten Verhandlungen vorgeföhrt wurden, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken können.

Die sozialdemokratische Fraktion muß feststellen, daß Gründe für eine Änderung ihrer Haltung nicht vorliegen. Es besteht kein Anzeichen dafür, daß die Deutsche Volkspartei ihren bisherigen Rechtskurs aufzugeben gewillt ist. Die Volkspartei hat daher auch in den bisherigen Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition einen ernstlichen Willen zur Zusammenarbeit nicht erkennen lassen. Es war insbesondere die Deutsche Volkspartei, die der sozialdemokratischen Forderung über den Achtstundentag die Zustimmung verweigerte, die sich im sozialpolitischen Ausschuss gegen die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenfürsorge erklärte und die in der Frage der jetzt zum öffentlichen Skandal gewordenen Fürknenabfindung die sozialdemokratischen Forderungen zurückwies.

Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition keine Grundlage besteht.

Wie wir hören, ist diese Entscheidung der Fraktion mit großer Mehrheit zustande gekommen.

Ältestenrat des Reichstags.

Berlin. (Zuspruch.) Der Ältestenrat des Reichstages einigte sich heute dahin, daß am Mittwoch und Donnerstag die Novelle zum Knappschaftsgesetz und am Freitag die Anträge zur Hebung der Hochwasserschäden beraten werden sollen. Sonnabend, Montag und Dienstag sollen für die Vorbereitung der neuen Regierung von Plenarsitzungen freibleiben und am Mittwoch soll möglichst die Regierungserklärung und anschließend die erste Lesung des Etats erfolgen. Der Ältestenrat hat sich weiter darüber verständigt, daß ein interfraktioneller Ausschuss für Anfragen und ein interfraktioneller Ausschuss für die mit der Frage der Verbesserung zusammenhängenden Fragen dem Reichstag eingeleitet werden sollen.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen hört, wurde im Ältestenrat noch angeregt, doch endlich die dritte Lesung des Haushaltsplanes für 1924 und 1925 zum Abschluß zu bringen, nachdem bereits jetzt der Haushaltsplan für 1926 vorgelegt worden ist. Es wurde vorgeschlagen, die beiden Haushaltspläne in Vorsch und Vogen in ein oder zwei Sitzungen zu erledigen. Die Sozialen und Kommunisten erklärten sich gegen diese Anregung, die Sozialdemokraten beschließen sich ihre Entscheidung vor. Der Präsident wird bis zur nächsten

Das erneute „Nein!“ der Sozialdemokraten.

Zu den endgültigen Schritten der Bildung der Großen Koalition bemerken die Blätter, daß nunmehr der Beauftragte des bisherigen Reichstanzlers Dr. Luther mit der Kabinettsbildung nichts mehr im Wege steht. Neben die Bildung der Deutschnationalen einigt vor Dr. Luther zu bilden der Kabinetts der Mitte, das mit wechselnden Mehrheiten regieren würde, gegenüber schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Sozialdemokraten in wenig Verantwortungsbehaftung gesetzt haben. Beiderseitig man den Weg der sachlichen Arbeit zur Vahrnehmung des Volkswohls, dann hat die Rechte keinen Anlaß zu grundsätzlicher Opposition. Als erste und vornehmste Aufgabe des Kabinetts bezeichnet das genannte Blatt den Versuch, die auf den Regeln beruhende Not eines verfallenden Wirtschaft, wobei das Parteiprefige zu überlegen habe und nur die Rücksicht auf das Allgemeinwohl in Betracht komme, zu beiseitigen. Zur Lösung dieser Aufgabe komme nur eine Regierung in Betracht, die von Parteiführern möglichst wenig beunruhigt sei und nachgeprüft werden den Willen und die Kraft habe, bittarisch vorzugehen.

„Deutsche Zeitung“ und „Arbeiterzeitung“ halten nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, da die im Laufe des Jahres zum bevorstehenden drohenden überwindlichen Lage der Dinge auf Drängen in die Tat umgesetzt werden. Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt sich gegen den sozialdemokratischen Vorwurf, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei das Scheitern der Großen Koalition herbeiführt habe. Die ersten Verhandlungen mit der Sozialdemokratie seien nicht an der Volkspartei gescheitert, sondern daran, daß der demokratische Abgeordnete Koch keine Möglichkeit gesehen habe, die Voraussetzungen der Sozialdemokratie in die von ihm aufgestellten Regierungsrichtlinien aufzunehmen.

In der „Germania“ heißt es, daß die Sozialdemokratie in erster Linie für alle Folgen des Nichtzustandekommens einer Wehrheitsregierung haftbar zu machen sei. In der Bildung einer Minderheitsregierung der Mitte durch Dr. Luther liegt das Blatt. Die Rechte betrachtet offenbar eine solche Regierung als Paravent einer Minderheitsregierung und im Geiste steht sie die letzten Zettel der deutschnationalen Minister schon wieder mit ihren Leuten befeht. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß das Zentrum der Regierung für eine solche Entscheidung sein könnte. Ferner wird es zu verhindern suchen, daß sich die parlamentarische Krise zu einer Krise des Parlamentes erweitert.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu der sozialdemokratischen Abgabe, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das Staatsinteresse dem ungeschwächten Parteibestand geopfert habe.

Die „Boitische Zeitung“, die die Ablehnung der Großen Koalition einen der besten Fehler nennt, den die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen gemacht habe, teilt mit, daß der ablehnende Beschluß mit 87 gegen 33 Stimmen gefaßt wurde.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird die kommende Regierung nach ihren Taten beurteilen. Eine Minderheitsregierung bleibt im Amt, solange sich keine Mehrheit findet, die sie führt. Kann dann diese Mehrheit keine Regierung bilden, so bleibt der Ausweg des Appells an das Volk.

Dr. Luther ein Jahr Reichstanzler.

13. Berlin. Am 13. Jan. ist ein Jahr veranangen, seit dem Dr. Hans Luther die Geschicke des Deutschen Reiches als Reichstanzler leitet. Luther ist am 10. März 1876 in Berlin als Sohn eines Kaufmanns geboren. Nach Abschluß seiner Studien trat er in den Kommunaldienst ein und wurde schon mit 34 Jahren zum Vorsitzenden des Deutschen Städtetages gewählt. 1918 wählte ihn die Stadt Offen zum Oberbürgermeister. Seine mannhafte Haltung als solcher beim Aufbruch des Reiches ist bekannt. Reichstanzler Cuno berief ihn zum Reichsernährungsminister und Dr. Stresemann zum Reichsfinanzminister. Die Stabilisierung unserer Währung ist seiner Tatkraft mit zu verdanken. Unter Marx behielt Dr. Luther seinen Posten und hatte dabei auch Gelegenheit, auf der Londoner Konferenz für Deutschland zu wirken. Sein letztes hervorragendes Werk in der Vergangenheit, das er mit Dr. Stresemann gemeinsam durchführte, ist das Vertragswerk von Locarno.